Landkreis Böblingen Haushalt 2024

Rede Landrat Roland Bernhard 9. Oktober 2023

Es gilt das gesprochene Wort

Sehr geehrte Damen und Herren Kreisräte, verehrte Gäste,

endlich wieder Haushaltsberatungen. Die Freude überwiegt, obwohl der Haushalt eher trockenem Brot gleicht. Wir haben uns bemüht, Ihnen ein schmackhaftes Planwerk zu präsentieren, deftig zubereitet, und reichlich gewürzt.

Abseits der Finanzpolitik haben wir in 2023 im Landkreis Böblingen viel Schönes, viel Angenehmes erlebt. Wir haben das **50. Jubiläums-jahr** genutzt, um uns bewusst zu machen, wie der Landkreis früher war und wie er sich dahin entwickelt hat, wo wir heute stehen.

Der **Festakt in Leonberg** mit dem Ministerpräsidenten a.D. Günter Oettinger als Festredner war wie ein Klassentreffen, bei dem man sich viel erzählen konnte. Das **Bürgerfest*** auf dem Flugfeld am heißesten Wochenende des Jahres war eine riesige Leistungsschau dessen, was der Landkreis zu bieten hat. Viele weitere Aktionen fanden aus Anlass des Jubiläums statt. So auch der höchst unterhaltsame **Mundartabend** über den Schwäbischen Dialekt mit Ministerpräsident Winfried Kretschmann.

In diesen 50 Jahren hat sich der Landkreis demografisch, infrastrukturell und wirtschaftlich prächtig entwickelt: In allen Bereichen des Daseins ist das Angebot gewachsen, besser geworden und so vielfältig, wie nie zuvor.

Die „tüchtigen“ Menschen und die leistungsfähigen Kommunen sind die Basis für eine erfolgreiche Wirtschaft. Der Landkreis Böblingen mit seinen 26 Städten und Gemeinden hat als Standort beständig an Attraktivität gewonnen. Dadurch ist der Wohlstand in 50 Jahren gewachsen.

Seit 1973 sind 115.000 Menschen dazugekommen, sodass wir passend zum Jubiläumsjahr die Marke von **400.000 Einwohnern** überschritten haben – Ein **Bevölkerungswachstum** von sage und schreibe **40%!**

Die Menschen wollen im Landkreis leben und arbeiten, weil sie hier ihre Zukunft sehen und weil sie sich wohlfühlen. Die **Prognos**-Studie bescheinigt uns regelmäßig beste Zukunftsaussichten in ganz Deutschland. Die Umfragen der Kreiszeitung und der SZBZ bestätigen, dass die Einwohner zufrieden sind mit ihren Lebensumständen, auch wenn in Einzelbereichen durchaus Verbesserungspotenzial angemahnt wird. Das ist übrigens typisch für Schwaben: Sie sind mit Lob zurückhaltend, tragen ihre Zufriedenheit nicht nach außen, aber sie kritisieren auch nicht pauschal, sondern wohldosiert.

Die Tugend der Armut und des Trübsals sind auch unter Kämmerern weit verbreitet. Die **hohen Gewerbesteuer-Zahlungen** von Mercedes-Benz und Porsche haben unseren Kämmerer erfreut, katapultieren unsere Einnahmen auf ein Rekordhoch und gehören zu den Lichtmomenten in unserem Jubiläumsjahr.

*Zur besseren Lesbarkeit wird im Redemanuskript das generische Maskulinum verwendet. Die in dieser Arbeit verwendeten Personenbezeichnungen beziehen sich – sofern nicht anders kenntlich gemacht – auf beide Geschlechter.

Aber auch für einen Industriekreis wie Böblingen gibt es nicht nur Licht, sondern auch Schatten. Die Zeiten sind schwierig: Der fossile **Energiehunger** ist immer noch riesig. Der Klimawandel wird unangenehm und gefährlich. Wachstum durch Zuwanderung führt zu einem Mangel an **bezahlbarem Wohnraum**. Der **rasante Anstieg an Flüchtlingen** überfordert Kommunen und Gesellschaft.

Licht und Schatten kennzeichnen auch den Haushaltsentwurf 2024.

Eckpunkte des Kernhaushalts und des Finanzbudgets

Die **Steuerkraftsumme** des Landkreises liegt 2024 bei 910 Mio. €. Dies ist eine Steigerung von 30% ggü. 2023 (702 Mio. €).

Die **Steuerkraft je Einwohner** liegt bei 2.276 € deutlich höher als 2023 (1.765 €). In der Pro-Kopf-Liga klettert Böblingen damit von Platz 5 auf 1 in Baden-Württemberg. Das ist eine Rekordmarke, die uns in dieser schwierigen Haushaltslage richtig gut tut.

Dadurch steigt die **Kreisumlage** – mit gleichbleibendem Hebesatz von 32 % unterstellt – um 66,6 auf 291,2 Mio. €. Ein Punkt ist nun 9,1 Mio. € wert (2023: 7).

Ich höre schon einige, die meinen, man könne den Hebesatz wieder senken. Doch weit gefehlt! Schauen wir uns nachher die Ausgaben an, gleicht es einem Kunststück, den Hebesatz überhaupt stabil zu halten. Bereits sehr früh habe ich in meinem Haus als strategisches Ziel ausgegeben, den Hebesatz stabil zu halten. Im Gegensatz dazu gehen die meisten Landkreise mit erhöhten Sätzen in ihre Gremien. Ob uns ein stabiler Hebesatz gelingt, muss sich in den Beratungen beweisen.

Trotz steigendem Kopfbetrag sinken die **Schlüsselzuweisungen** infolge der enorm steigenden Steuerkraft um 19,6 Mio. €.

In der **FAG-Nettobetrachtung** (nach Abzug der FAG-Umlage) sinkt der Betrag um 18,1 Mio. €.

Ganz bitter: Die **Grunderwerbsteuer** dümpelt vor sich hin, weil auf dem Immobilienmarkt Flaute herrscht, wie auch die Bauwirtschaft schmerzlich erfährt. Bis Jahresende rechnen wir mit dem Fehlbetrag von 15 Mio. € im Vergleich zum laufenden Jahr, wo wir 45 Mio. € eingeplant hatten.

Im Finanzbudget schlägt das **Betriebskostendefizit** bei den Kliniken am stärksten ins Kontor. Der Geschäftsführer geht für 2023 von einem Defizit von rund 50 Mio. € aus. Im Vergleich zum Plan 2023 mit veranschlagten 30 Mio. € wäre dies ein finanzieller Mehrbedarf in 2024 von 19 Mio. € gegenüber dem Vorjahr.

In Summe schmelzen die Mehrerträge bei einer stabilen Kreisumlage wie Schnee in der Sonne. Das **Plus von 66,6 Mio. €** wird durch folgende Verschlechterungen im Vergleich zum Plan 2023 **aufgefressen**:

- Netto-FAG (-18,1 Mio. €)
- Grunderwerbsteuer (-15,0 Mio. €)
- Klinikdefizit (-19 Mio. €)
- Zuschuss EB GM (-12,4 Mio. €)

Dem mickrigen Restbetrag von 0,6 Mio. €, der noch übrig bleibt, stehen gigantische Mehrausgaben gegenüber:

- Sozialbudget (+19,8 Mio. €)

- Personalbudget (+18,1 Mio. €)
- Sonstige Mehrausgaben (+11,3 Mio. €)

Um das Delta für einen stabilen Hebesatz zu verringern, haben wir in internen Runden etliche **Spar-Maßnahmen** ergriffen.

- Das **Personalbudget** haben wir um rund 4,5 Mio. € (~ 5 %) reduziert.
- Beim **Klinikdefizit** sehen wir eine einmalige Ansatzreduzierung aus **Finanzhilfen** vom Land von 6,5 Mio. €.
- Den Ansatz für die Grunderwerbsteuer haben wir in guter Hoffnung 5 Mio. € höher angesetzt.
- Bei den **Bußgeldern** haben wir auf die Ansätze nochmals um 1,2 Mio. € erhöht. Hier sind inzwischen drei Enforcement Trailer zur Geschwindigkeitsüberwachung einkalkuliert.
- Im Straßenbau sparen wir eine Mio. € ein.

Dadurch reduziert sich das Delta auf -34,4 Mio. €. Dafür bräuchte es an sich einen Hebesatz von 35,8 %. Für einen stabilen Hebesatz haben wir in einer zweiten Sparrunde weitere Anpassungen vorgenommen, die das Risiko erhöhen. Das Klinikdefizit wurde durch einen Verlustvortrag durch einen Verlustvortrag um weitere 3,5 Mio. € auf insgesamt 39 Mio. € gesenkt.

Den **Zuschuss** an den **Eigenbetrieb** Gebäudemanagement haben wir auf das absolute **Mindestmaß** gesenkt (von 26,2 auf 9,7 Mio. €). Damit wird der künftige investive Spielraum eingeschränkt. Weitere Ansatz**reduzierungen im Sozialbudget** und in den Teilhaus-halten reduzieren am Ende das ordentliche Ergebnis auf - 1,7 Mio. €

Investitionshaushalt / EB GM

Auch wenn wir in einigen Bereichen den Rotstift ansetzen, wollen wir die fortgeschrittenen Bauvorhaben nicht gefährden. Das gilt vor allem für das **Flugfeldklinikum** mit 750 Mio. €. Mit einer **Kostensteigerung** von 129 Mio. € müssen wir eine dicke Kröte schlucken. Dennoch ist uns die Finanzierung dafür gesichert.

Die Bauprojekte, für die es Beschlüsse gibt, führen wir fort: Straßenmeisterei bei Magstadt (Fertigstellung Ende 2023), Klinikschule (wird im ZfP-Gebäude realisiert), Fortis (geplanter Baubeginn Sommer 2024), Frauenhaus (Förderung noch immer ungewiss)

Die Bauprojekte an den Klinikstandorten in Herrenberg und Leonberg sind seit der Reformankündigung vom Bundesgesundheitsminister auf Eis gelegt. Im Bereich Schulen herrscht ein großer Sanierungsstau, für den zur Beseitigung das Geld ebenfalls fehlt. In den nächsten Jahren werden wir für die Kliniken und die Schulen ein Investitionsprogramm auflegen müssen.

Kliniken

Lassen Sie mich zu den Kliniken kommen, die uns zurzeit am meisten Kopfzerbrechen bereiten. Bis 2022 lag das Defizit in einer Größenordnung um die 20

Mio. €. In 2023 müssen wir aus dem Kreishaushalt rund 38 Mio. € berappen, um das Defizit bei des Klinikverbunds aus 2022 auszugleichen.

In 2024 müssen wir im besten Fall rund 40 Mio. €, im schlechtesten Fall sogar rund 50 Mio. € überweisen – das sind fast 6 Hebesatzpunkte Kreisumlage. Ab 2026 schlagen zum Defizit der Zinsaufwand und die AfA zu Buche. Im Klartext: Im Klinikbereich steht die Ampel auf **Alarmstufe Rot!** Genauer gesagt: Dunkelrot!!

Es gibt viele Gründe. Auf manche haben wir Einfluss, auf andere nicht:

- Es fehlen Fachkräfte
- Qualitätsvorgaben und Mindestmengen treffen kleine Häuser.
- Die Ambulantisierung schreitet voran.
- Die Strukturen im KVSW sind schwerfällig.

Wir müssen schleunigst **Gegenmaßnahmen** treffen. Dazu gehören…

1. Ein harter **Restrukturierungskurs** mit einem ambitionierten Ergebnisverbesserungsprogramm
2. Die Fortschreibung des **Medizinkonzepts** mit einer Konzentration medizinischer Leistungen
3. Und die **Fusion** der drei Klinikgesellschaften Calw, Böblingen und Holding zu einer Gesellschaft mit einem schlanken Aufsichtsrat.

Zu 1: Der Geschäftsführer hat ein **Ergebnisverbesserungs-programm** vorgelegt. Aber die Einsparungen daraus sind durch andere Effekte mehr als aufgefressen. Es reicht nicht.

Wir brauchen einen **Restrukturierungskurs**, mit dem sich der Aufsichtsrat in der nächsten Sitzung beschäftigen muss. Ich habe den Geschäftsführer gebeten, sich über Maßnahmen für weitreichende Kostensenkungen bereits Gedanken zu machen und dem Aufsichtsrat vorzustellen. Das Defizit müssen wir schnellstmöglich senken. Die Umsetzung durch den KVSW wird der Landkreis fortlaufend begleiten und prüfen.

Zu 2: Erlauben Sie mir einige Bemerkungen zum Medizinkonzept 2030, das derzeit viele Menschen umtreibt. Die Emotionen um das Gutachten sind verständlich, aber wir müssen sehen, wie wir die Gesundheitsversorgung auf hohem Niveau aufrechterhalten. Es ist ein kühler Kopf gefragt. Wir haben Anfang Juli dazu einen umfangreichen **Dialogprozess** begonnen mit vielen Eingaben und über 50 Gesprächsterminen. Ich bedanke mich für die vielen Fragen und konstruktiven Anregungen. Das Medizinkonzept entwickelt sich Schritt für Schritt weiter zu einer Art Medizinkonzept 2.0.

Zu 3.: Das Medizinkonzept zielt auf alle Häuser verbundweit. Es ist die Voraussetzung für die angestrebte Fusion. Böblingen und Calw sind als Kliniken seit über 18 Jahren verlobt. Die Vermählung in Form der **Vollfusion** muss noch in dieser Kreistagsperiode passieren.

Auf allen drei Feldern – Sanierung, Medizinkonzept, Fusion – kann es kein Zögern, Zaudern und Verzagen geben. Die Umstände drängen uns. Die Tatsachen liegen auf der Hand. Wir müssen bald die richtigen Entscheidungen treffen.

Das sind wir auch den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den Kliniken schuldig. Ich bedanke mich an dieser beim Geschäftsführer und bei den Krankenhaus-

Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sehr herzlich für ihren Einsatz in diesen schwierigen Zeiten.

Klinik-Areal

In Anbetracht der steigenden Aufwendungen würde dem Haushalt ein hoher einmaliger Erlös aus dem Verkauf des Klinik-Areals in Böblingen guttun. Hier sind wir mit der Stadt und der KE (Kommunal-Entwicklung) auf einem eng abgestimmten Weg. Der Kreistag hat das klare Ziel vorgegeben, das Grundstück zum bestmöglichen Preis zu veräußern und den besten Investor zu finden, der das Areal im Interesse von Stadt und Landkreis entwickelt.

Bislang läuft die Vorbereitungsphase planmäßig. Der Landkreis hat die Federführung, die Stadt ist eng eingebunden. Das Bewertungsgremium wird in seiner Besetzung aus Mitgliedern von Kreistag, Gemeinderat, Verwaltung und Architekten die Interessen von Stadt und Kreis ausgewogen verkörpern. Absicht ist, den Wettbewerb im Herbst 2024 abzuschließen und dem Kreistag einen Käufer zu präsentieren.

Sozialbereich

Kommen wir zurück zum Ergebnishaushalt und den Fachbereich-Budgets. Die öffentliche Hand hat in erster Linie kein Einnahmen-, sondern ein Ausgabenproblem.

Bei den Erträgen sehen wir: Die **Kreisumlage ist mit 291 Mio. €** die wichtigste Einnahmequelle. Die **Erträge** belaufen sich auf **insgesamt 603 Mio**. €.

Insgesamt belaufen sich die **Aufwendungen auf 605 Mio.** €. Mehr als die Hälfte (371 Mio. € brutto) entfällt auf den Bereich „Jugend und Soziales“. Der **Nettoaufwand** im Sozialbereich bereitet uns Bauchschmerzen. Er liegt bei rund 162 Mio. €. Das sind rund 15 Mio. € (über 10%) mehr als im Vorjahr. Über die Hälfte des Sozialbudgets mit rund 82 Mio. € entfällt alleine auf die Eingliederungshilfe. Das erschlägt einen.

Neben der Hilfe zur Pflege und der Eingliederungshilfe, die immer einen großen Teil ausmachen, ist auch die **Steigerung bei der Grundsicherung** für Arbeitssuchende auffällig. Unter den 7.400 Bedarfsgemeinschaften sind 1.500 ukrainische Flüchtlinge gefasst. Ohne den Rechtskreiswechsel wäre die Zahl auf weniger als 6.000 gesunken. Es ist dringend geboten, den Rechtskreiswechsel rückgängig zu machen.

Bei der **Flüchtlingsaufnahme** erleben wir eine Entwicklung, die das Krisenjahr 2015 übertrifft. Zu den ukrainischen Kriegsflüchtlingen kommen sprunghaft steigende Zahlen aus anderen Kontinenten. Für die Haushaltsplanung 2024 wollten wir zunächst an der Zielplanung für die Kapazität von rund 3.000 Plätzen in der vorläufigen Unterbringung festhalten. Ich befürchte, dass wir in den kommenden Sitzungsrunden unsere Planungen anpassen und die Platzzahl auf 3.500, am Ende sogar auf 4.000 hochschrauben müssen.

Es geht dabei um mehr, als nur Schlafmöglichkeiten. Es mangelt überall. **Integration kann so nicht gelingen**. Der gesellschaftliche Zusammenhalt erodiert. Verlieren wird die Demokratie, wenn nicht tatkräftig gegengesteuert wird.

Der **Bund hat versagt**. Es dauert viel zu lange, Geflüchtete in Arbeit zu bringen. Selbst bei Ukrainern, die nach SGBII behandelt werden und bessere Voraussetzungen haben, arbeitet nur ein Bruchteil. Das liegt zum einen an der

deutschen Vorstellung, sie müssten ein hohes Sprachniveau haben, um sie in Arbeit zu bringen. Arbeit und Spracherwerb muss viel früher Hand in Hand gehen.

Zum anderen liegt es an **zu hohen Sozialleistungen für Bürgergeld-Empfänger**. Eine vierköpfige Familie erhält Geld und Kostenübernahme für Wohnen, Heizen, etc… in einer Höhe von 3.200 – 3.500 Euro. So viel müssten Arbeitnehmer erstmal Netto verdienen. Kein Wunder, gibt es keinen Anreiz zum Arbeiten. Wir legen die Menschen in eine soziale Hängematte; das darf so nicht weitergehen.

Berlin muss endlich

- die **Sozialleistungen** runterschrauben und ein vernünftiges **Sachleistungsprinzip** einführen.
- **Solidarität innerhalb der EU** herstellen.
- Weitere Staaten als **sichere Herkunftsländer** erklären und **Rückführungsabkommen** schließen.
- **Asylverfahren beschleunigen**.
  Alle Welt weiß, auch bei Ablehnung kann man jahrelang bleiben und Sozialleistungen beziehen. Abschiebungen sind kaum möglich bzw. unterbleiben oft.

Berlin muss endlich die kommunalen Forderungen umsetzen:

- Mehr **Steuerung auf Bundesebene** und Transparenz über Zugangs- und Abgangsentwicklung. Dazu gehört, Menschen nur dann den Kommunen zuzuweisen, wenn ein Bleiberecht besteht.
- Vollständige **Kostenübernahme** der Unterkunft und Heizung, Integrationskosten und der Kosten für unbegleitete Minderjährige.

Wenn es der Politik nicht gelingt, die Asylzahlen zu verringern, dann wird das auch die Haltung für Zuwanderung generell beeinträchtigen und Integration von Arbeitsmigranten behindern. Es muss uns klar sein, wir brauchen Zuwanderung zum Erhalt unseres Wohlstands.

Wir müssen illegale Migration beschränken, um Spielraum für legale Flüchtlinge und dadurch mehr Arbeitsmigranten zu ermöglichen. Der akute Fachkräftemangel in Deutschland und im Landkreis wird sich verschärfen. Zuwanderung ist dringend nötig, um die eklatante Fachkräftelücke in nahezu allen Branchen zu schließen.

Kindertagesbetreuung

Die **Fachkräftelücke** ist auch Grund für den **Mangel an Betreuungsplätzen**. Obwohl es 2021 so viele Betreuungsplätze wie nie zuvor gab, hatten und haben wir **21 Klagen** am Hals. Während die Tendenz für weitere Klagen steigt, ist die Zahl der Betreuungsplätze in 2022 um 7 % im Landkreis gesunken. Erstmals seit es den Betreuungsanspruch gibt.

Hier klaffen Bedarf und Angebot auseinander. Der Landkreis wird verklagt, obwohl wir keine Kindergärten betreiben. Das sind die Kommunen, die es trotz aller Anstrengungen nicht mehr schaffen, weil das Personal fehlt. Das Thema wollen wir auch bei unserem 3. Kita-Gipfel am Mittwoch vertiefen.

Baugenossenschaft

Die repräsentative Bürgerumfrage des Landkreises hat gezeigt: Das größte Problem noch vor Betreuung und Integration sehen die Menschen in der **Wohnraumfrage**. Der HeimatCheck der Stuttgarter Zeitung und die Umfrage der SZBZ kommen zum selben Ergebnis.

Teurer Wohnraum kann zum Wachstumshemmnis werden, denn auch die Mittelschicht kann die Mieten teils nicht mehr zahlen. Die Schaffung von v.a. bezahlbarem Wohnraum wird immer schwieriger wegen hoher Baupreise und steigender Zinsen.

Die Verwaltung hat den Arbeitsauftrag des Kreistags aufgenommen, aktiv zu handeln und eine Baugenossenschaft zu prüfen. Das löst nicht alle Probleme im Landkreis, aber nach und nach werden wir bezahlbaren Wohnraum schaffen. Die Sondierungen mit Kommunen sind erfolgt. Wir haben eine Arbeitsgruppe gebildet, die bis Jahresende konkrete Vorschläge erarbeitet. Die Kommunen, die sich beteiligen haben uns auch Grundstücke benannt, um eine belastbare Kalkulation aufzustellen. Es wird ein hartes Stück Arbeit, das Projekt ins Ziel zu bringen.

Mobilitätswende

Wir haben uns zur Klimaneutralität verpflichtet und viele Ansatzpunkte, das Ziel zu erreichen. Die Felder sind Energie- und Mobilitätswende.

Im **Schienenverkehr** sind die Ambitionen und die Widrigkeiten groß. Stuttgart21 wird erst 2025 fertig. Der Pfaffensteigtunnel als großer Wurf für die **Gäubahn** wird allerdings erst in weiter Zukunft kommen. So lange bleibt der Stuttgarter Hauptbahnhof für die Gäubahn wohl oder übel unerreichbar.

Die **S-Bahn** ist unzuverlässig wie nie. Streckensperrungen werden häufiger. Die Deutsche Bahn hat den Viertelstundentakt in den Abendstunden und samstags gestrichen. Dies konterkariert die tariflichen Anstrengungen, die wir mit der VVS-Reform, dem Landesjugendticket und dem Deutschland-Ticket unternehmen. Tariflich wird es attraktiver, gleichzeitig wird das Angebot schlechter. Es ist zudem ein Unding, dass der Bund das DeutschlandTicket mit großer Eile durchgedrückt hat und nun nichts mehr von einer Mitfinanzierung ab 2025 wissen will.

Bei unserer **Schönbuchbahn** läuft es auch nicht rund. Die neuen E-Fahrzeuge von CAF sind immer noch nicht zugelassen. CAF hält aber an dem versprochenen Zeitplan fest, die Zulassung bis Dezember zu schaffen. Wir drücken ihnen die Daumen und begleiten sie mit dem Zweckverband sehr eng, damit es endlich klappt. Die Verantwortung im Zulassungs-Prozess liegt bei CAF.

Zur **Hermann-Hesse-Bahn** so viel. Wir teilen die Ziele des Projekts: bessere ÖPNV-Anbindung Raum Calw, Entlastung der Straßen und Luftreinhaltung auch im Landkreis Böblingen. Über Details beraten wir im Ausschuss.

Ein Projekt, um die Antriebswende bei Autos zu unterstützen, ist das **Ladeinfrastrukturkonzept**, welches wir derzeit erstellen. Wenn der Entwurf fertig ist und die Handlungsempfehlungen für die Kommunen erarbeitet sind, werden wir es dem Gremium vorstellen.

Die Antriebswende kommt auch im ÖPNV. Bei den **Busverkehren** beginnt wieder die „Ausschreibungs-Saison“ für die Linienbündel. Eine Neuerung ist die Umsetzung der CVD (Clean Vehicle Directive = Saubere-Fahrzeug-Direktive) der EU. Busfirmen müssen ihre Fahrzeugflotte mit emissionsfreien Fahrzeugen ausstatten.

Beim **Ausbau der Radwege** machen wir gute Fortschritte. Bei Baumaßnahmen an Straßen werden standardmäßig straßenbegleitende Radwege erstellt. Der Ausbau muss koordiniert und flächendeckend erfolgen. Daher schreiben wir die Radverkehrskonzeption aus 2014 fort. Gemeinsam mit Kreiskommunen und Verbänden entwickeln wir einen Leitfaden zur Entwicklung der Radverkehrsinfrastruktur im Landkreis ab 2025. Die Auftaktveranstaltung soll schon Ende Oktober stattfinden.

Die **Radschnellverbindung** zwischen Stuttgart und Herrenberg ist im Bereich Ehningen weitergewachsen. Gärtringen nehmen wir schon ins Visier. Herrenberg zu erreichen ist bis 2026/27 realistisch. Zudem ist auf dem ersten Teilstück auf der Römerstraße diesen Sommer der 1 Mio. Radfahrer unterwegs gewesen. In zwei Wochen begehen wir den Spatenstich der Radbrücke über die Panzerstraße. Für die anderen beiden RSV-Achsen laufen die Planungen weiter. Im Bereich Renningen / Magstadt sprechen wir mit den Rathäusern und den Bürgern bereits über konkrete Streckenführung.

Energiewende

Mobilitätswende hat viel mit Bewusstseinswandel und Verhaltensänderung der Bevölkerung zu tun. Wir müssen aber auch die Versorgung der Bevölkerung mit Energie auf klimaneutrale Erzeugung umstellen. Daher bauen wir regenerative Energie aus.

Windkraft hat endlich eine Zukunft im Lk BB. Freue mich, dass viele Kommunen von selbst geeignete Standortvorschläge diskutieren und präsentieren. Auch als Landkreis prüfen wir eigene Windräder auf Deponie Leonberg, wo wir vor zehn Jahren noch gescheitert sind.

Mein Ziel war **10+X** Windräder für den Landkreis. Ich habe den Eindruck, dass das X für locker mindestens nochmal 10 oder gar 30 Windräder stehen kann, wenn die Bestrebungen so weiter gehen!

Wichtig ist, **attraktiv für** zu sein für **Investoren und Bürgerschaft** zu gewinnen. Das erste schaffen wir durch schnelle Genehmigungs-verfahren. Hier hat der KT Stellen geschaffen, dafür danke ich Ihnen.

Die Zustimmung der Bürger erreichen wir durch gute Kommunikation, Aufklärung, Einbindung und wenn es gelingt, die Bürger oder Kommunen am Gewinn der Anlagen zu beteiligen, z.B. in Form von Genossenschaften. Als Landkreis würden wir solche Initiativen beratend unterstützen.

Auch den Kommunen kommt eine Schlüsselrolle zu, denn viele potenzielle Standorte befinden sich im kommunalen Wald. Hier unterstützen und beraten wir, veranstalten Fachtage und werden mit der Energieagentur den Gemeinden zur Seite stehen.

Um den **Ausbau von PV** zu beschleunigen, wollen wir stärker auf die eigene Naturstrom GmbH setzen. Mehr Anlagen auf eigene Gebäude, weitere Freiflächenanlagen auf Deponien, Beratung von Kommunen.

Um hier noch besser zu werden, möchte ich die **Naturstrom-GmbH** neu aufstellen. Mir schwebt vor, Entscheidungs- und Wissensträger von Stadtwerken und EVUs stärker einzubeziehen. Dies soll im Rahmen eines Aufsichtsrats sein, der die Naturstrom bei der strategischen Ausrichtung unterstützt.

Neben dem Ausbau der Erneuerbaren Energien kommt auch dem Thema **Wärme** eine immer größere Rolle zu. Zweidrittel des Endenergieverbrauchs privater Haushalte fließt in die Heizung.

Als Landkreis sind wir über das Restmüllheizkraftwerk hier sehr aktiv. Mit dem Bau der Klärschlammverbrennung haben wir die Chance, diesen Bereich deutlich auszubauen und noch mehr nachhaltige Wärme für Böblingen und Sindelfingen zu liefern. Unsere ehemaligen Kreismülldeponiestandorte werden zu **Energiedrehscheiben** mit interkommunaler Vernetzung. Zwischen Leonberg und Sindelfingen wird das Biorohgas von der Vergärungsanlage transportiert und dort veredelt, um Erdgas im Netz der Stadtwerke Sindelfingen zu ersetzen. Alle unsere Abfallverwertungsanlagen beweisen, dass interkommunale Zusammenarbeit sehr effektiv und zielgerichtet funktioniert.

Daneben sind die Städte und Gemeinden gefordert, kommunale Wärmepläne aufzustellen. Dies sind strategische, weitreichende Entscheidungen. Mit unserer Energieagentur unterstützen wir kräftig und begleiten auch viele kommunale Projekte bis hin zur Gründung von Stadtwerken. Wir werden hier weiter aktiv sein, ist dies doch ein entscheidender Hebel hin zur Klimaneutralität des Landkreises! Derzeit schreiben wir unser integriertes Klimaschutzkonzept aus 2013 fort. Ziel ist, den gesamten **Landkreis möglichst schon 2035 klimaneutral** zu machen.

Regulierung/Standardabbau

Lassen Sie mich auf die Zielgerade kommen und noch ein paar Takte zur Überregulierung sagen. Viele Vorschriften und hohe Standards bedeuten mehr Personal. Die **Personalaufwendungen** steigen um 9,5 Mio. € auf 97 Mio. €. Der hohe Tarifabschluss im TVöD ist dafür Hauptgrund.

Wir sind seit Jahren im Krisenmodus, das erfordert Agilität. Aufgaben müssen bewältigbar sein.

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Verwaltung machen hervorragende Arbeit. Ich bin stolz auf die Beschäftigen, die einen immer größeren Druck aushalten müssen. Ich danke Ihnen sehr.

Fakt ist: Städte, Gemeinden und Landratsämter werden immer weiter belastet. Standards werden ständig verschärft. Der Staat muss lernen, sich zurückzunehmen. Standards werden ständig verschärft, neue Verantwortlichkeiten an sich gezogen. Das fordert Ressourcen, die wir in den Kommunen nicht haben. Wir haben in Deutschland eine **Gesetzgebungsmaschinerie**, die immer mehr Gesetze hervorbringt, die immer feinere Regelungen vorschreibt. Beim Verwaltungsvollzug kommen die Behörden gar nicht hinter her. Der Staat ist wie eine Hydra geworden – wenn man ihr einen Kopf abschlägt, wachsen zwei neue nach. Der Staat vertraut den Unternehmen nicht, Eigenverantwortung wahrzunehmen. Der Staat vertraut auch den Behörden nicht, ihren Ermessensspielraum zu nutzen. Es ist einfach traurig!

Potenzial- und Entlastungsanalyse

Statt auf schnelle Besserung zu warten, müssen wir uns notgedrungen selbst helfen. Wir werden mit einer Potenzial- und Entlastungsanalyse **alle Prozesse** im Landratsamt **erfassen** und prüfen, wie sie sich **optimieren** lassen. Es werden keine harten Ziele vorgeben, sondern in einem iterativen Prozess Potenziale eruiert.

Es soll ein kreativer Wettbewerb sein, bei dem die Mitarbeiter aufgefordert sind, eigene Vorschläge zu machen, welche Aufgaben oder Abläufe nicht mehr sinnvoll sind. Wir brauchen Mut, um auch mal 5 gerade sein zu lassen, nach der Devise: Einfach und schnell.

Meine Damen und Herren,

obwohl viel Arbeit im Haushaltsplanentwurf steckt, sind die Zahlen nicht so erbaulich. Der Finanzdezernent Herr Hinck hat mit seinem ganzen Team der Kämmerei eine großartige Arbeit geleistet. Die gute Zusammenarbeit kann man förmlich lesen in dem gut verständlichen Vorbericht und dem kompletten Zahlenwerk. Mein herzlicher Dank geht an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die daran beteiligt sind.

Und wenn es bei den Summen, die ich Ihnen heute genannt habe schwindlig wird, ist das nicht schlimm. Mir geht es genauso – obwohl Politiker ja „Schwindel-frei“ sein sollten.

Machen wir das Beste daraus. Oder, um es mit den Worten des Ministerpräsidenten W. Kretschmann zu sagen: „Wir bleiben auf dem Teppich, auch wenn der Teppich fliegt.“

Ich habe in meiner Rede nichts unter den Teppich gekehrt. Der Haushalt ist eingebracht, die Beratungen können beginnen.